
505/A(E) XXIII. GP

Eingebracht am 05.12.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Gemäß § 26 GOG-NR

der Abgeordneten Dr. Belakowitsch-Jenewein
und weiterer Abgeordneter

betreffend kostenlose Impfkation und Aufnahme der HPV Impfung in das
Kinderimpfprogramm

Gebärmutterhalskrebs (Zervixkarzinom) ist nach Brustkrebs in Europa die zweithäufigste Todesursache junger Frauen. Pro Tag sterben 40 Frauen an den Folgen des Gebärmutterhalskrebses infolge der Infektion durch humane Papillomaviren (HPV) trotz der angebotenen Vorsorgeuntersuchungen. Alleine in Österreich werden jährlich etwa 5000 Operationen durchgeführt, bei denen gefährliche Vorstufen entfernt werden müssen.

Humane Papillomaviren werden auch durch Sexualkontakt übertragen, Kondome bieten keinen zuverlässigen Schutz. Die Übertragung kann nämlich auch durch Hautkontakt erfolgen. Weil viele Menschen mit HPV keine Anzeichen oder Symptome zeigen, können sie das Virus übertragen, ohne dass es ihnen bewusst ist. Zur Zeit ist eine solche Impfung für Mädchen und Frauen zwischen 9 und 26 Jahren zwar möglich, allerdings mit hohen Kosten verbunden.

Um die Anzahl der Gebärmutterhalskrebsfälle in Wien nachhaltig zu senken und möglichst vielen jungen Frauen und deren Familien dieses Leid zu ersparen, wäre eine kostenlose Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs und eine Aufnahme in das Kinderimpfprogramm notwendig. Zurzeit kostet der HPV Impfstoff ca. 600,- Euro. Dies ist eine Summe, die vor allem von sozial schwachen Eltern - aber auch von Familien mit mehreren Kindern - kaum leistbar ist.

In Österreich wird bei etwa 550 Frauen jährlich Gebärmutterhalskrebs diagnostiziert. 180 Frauen pro Jahr sterben an dieser heimtückischen Krankheit. Forschungen haben ergeben, dass mit einer Impfung gegen den HP-Virus bis zu 80 Prozent der Erkrankungen reduziert werden können. Mit jedem Tag, den wir länger warten, können sich weitere Viren ausbreiten, die in späterer Folge dann zur tödlichen Krankheit führen können.

Die schwedische Regierung hat schon vor langem vorgezeigt, wie eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik funktionieren kann - warum sollte dies also nicht auch für Österreich möglich sein. Derzeit ist es gerade für finanziell schwache Familien ein Ding der Unmöglichkeit die Impfung mit den momentanen Kosten zu finanzieren. Die Impfung muss von der öffentlichen Hand für Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass eine kostenlose Impfkation gegen Gebärmutterhalskrebs eingeleitet und die HPV Impfung in das Kinderimpfprogramm aufgenommen wird.“

In formeller Hinsicht wird um die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss ersucht.